



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 06.09.2024

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 9. September 2024

Fokusthema: **Parlamentarische Initiativen**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach einer Fristerstreckung im schriftlichen Verfahren eine unumstrittene Anpassung des Kantonalbankgesetzes an die OECD-Mindeststeuer in zweiter Lesung behandeln. Anschliessend wird der Rat bis zum Sitzungsende über die vorläufige Unterstützung verschiedener parlamentarischer Initiativen (PI) entscheiden.

Schlussabstimmung zu einer Änderung des Kantonalbankgesetzes

Keine lange Diskussion ist in der zweiten Lesung zu einer Änderung des Kantonalbankgesetzes zu erwarten. In der sogenannten Redaktionslesung einer Vorlage geht es gewöhnlich nur noch um formelle, meistens unumstrittene Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO). Der Kantonsrat hat in erster Lesung entschieden, dass die Gewinnausschüttung der Zürcher Kantonalbank (ZKB) auch künftig zu einem Drittel den Gemeinden zukommt ([KR-Nr. 249/2023](#)). Anlass für die Gesetzesrevision ist die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer von 15 Prozent für grosse, international tätige Unternehmensgruppen.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

PI zu Mieterabzug, Amtszeitbeschränkung, Versammlungsgemeinden, Poldis und Asylkosten

In der verbleibenden Sitzungszeit wird der Kantonsrat einige parlamentarische Initiativen behandeln. Dabei geht es vorerst darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative.

SVP-Kantonsrat Christoph Marty will, dass Mieterinnen und Mieter künftig in der Steuererklärung 30 Prozent der Wohnungsmiete vom Reineinkommen abziehen können sollen ([KR-Nr. 219/2024](#)).

Immobilienbesitzer sollen analog dazu 30 Prozent des steuerbaren Reinertrages aus der Liegenschaftennutzung abziehen können.

Thomas Forrer, Kantonsrat der Grünen, fordert mit Unterstützung von SP, GLP, EVP und AL eine Amtszeitbeschränkung für Mitglieder des EKZ-Verwaltungsrats ([KR-Nr. 229/2024](#)). Konkret soll die gesamte Amtszeit zwölf Jahre nicht überschreiten dürfen und in jedem Fall mit der Vollendung des 70. Altersjahrs enden.

SP-Kantonsrat Rafael Mörgeli verlangt, unterstützt von Grünen und AL, dass auch in Versammlungsgemeinden die Geschäftsprüfung von der Rechnungsprüfungskommission wahrgenommen werden muss ([KR-Nr. 233/2024](#)). Dies, weil die derzeitige Regelung, wonach nur Parlamentsgemeinden zu einer Geschäftsprüfung verpflichtet sind, nicht mehr zeitgemäss sei.

Livia Knüsel, Kantonsrätin der Grünen, fordert mit Unterstützung von FDP, GLP und AL, dass Schulgemeinden Personen ohne Lehrdiplom, sogenannte Poldis, künftig bis zu drei Jahre lang als Lehrperson anstellen dürfen – statt wie bisher nur für ein Jahr ([KR-Nr. 234/2024](#)). Im Gegenzug sollen diese Lehrpersonen zwecks Qualitätssicherung von Beginn weg zur Weiterbildung verpflichtet werden.

SVP-Kantonsrätin Christina Zurfluh-Fraefel verlangt mit Unterstützung der FDP, dass der Bund sämtliche durch das Asylwesen verursachte Kosten trägt, statt diese den Kantonen und Gemeinden zu überwälzen ([KR-Nr. 248/2024](#)). Um dieses Ziel zu erreichen, soll der Kanton Zürich beim Bund eine entsprechende Standesinitiative einreichen.

Christoph Marty (SVP, Zürich), 079 352 66 33
Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) 076 576 72 72
Rafael Mörgeli (SP, Stäfa), 077 428 98 30
Livia Künsel (Grüne, Schlieren), 076 576 09 22
Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), 079 355 73 62

Schriftliches Verfahren:

Diskussionslos behandelt, weil unumstritten, wird am Montag gleich zu Beginn der Sitzung als Traktandum 2 die Fristerstreckung für die Berichterstattung und Antragstellung zur Motion KR-Nr. 167/2020 betreffend «Internationale Anbindung des Wirtschaftsraumes Zürich durch direkte Zugverbindungen» ([KR 167/2020](#)).

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12